

**I. Vorlage**

<b>Beratungsfolge - Gremium</b> Geschäftsordnungskommission	<b>Termin</b> 15.10.2012	<b>Status</b> öffentlich - Beschluss	<b>Ergebnis</b>
--	-----------------------------	--	-----------------

**Genehmigung Protokoll der letzten Geschäftsordnungskommission vom 26.05.2011**

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
<b>Anlagen:</b> Protokoll der Geschäftsordnungskommission vom 26.05.2011	

**Beschlussvorschlag:**

Das Protokoll der Geschäftsordnungskommission vom 26.05.2011 hat in der Sitzung vom 15.10.2012 aufgelegt. Einwände wurden nicht erhoben, das Protokoll gilt folglich als genehmigt.

**Sachverhalt:**

**Finanzierung:**

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Gesamtkosten	€		€
Veranschlagung im Haushalt			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr. im <input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			

**Beteiligungen**

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Bürgermeister- und Presseamt**

Fürth, 04.10.2012

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Referentin bzw.  
des Referenten

Bürgermeister- und Presseamt

**I. Vorlage**

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status	Ergebnis
Geschäftsordnungskommission	15.10.2012	öffentlich - Vorberatung	

**Offene Klärungspunkte aus dem letzten Protokoll vom 26.05.2011 TOP 2 a) bis d)**

Aktenzeichen / Geschäftszeichen

**Anlagen:**  
für a) und c)

**Beschlussvorschlag:**

Die Geschäftsordnungskommission diskutiert die offenen Fragen und beschließt wie folgt:

Zu 2 a)

Die bisherigen Formulierungen in den  
- §§ 35 Abs. 3, Nr. 2 (Abstimmung über Ausschussbeschlüsse)  
- §§ 35 Abs. 4 (getrennte Abstimmung)  
- § 34 Abs. 3 (Redehäufigkeit)  
werden beibehalten.

Zu 2 b), Satzung Stadtheimatpfleger:  
Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

Zu 2 c), Akteneinsichtsrecht:  
§ 4, Abs. 5, Satz 1 und 2 werden wie folgt  
neu gefasst: „....“ (gemäß Diskussionsergebnis)

Zu 2 d), Tonaufnahmen:  
§ 26, Abs. 3, S. 1 wird wie folgt neu formuliert:  
„Tonaufnahmen aller Art dürfen in Sitzungen ...“

**Sachverhalt:**

**Die Punkte**

- a) Handhabung diverser Geschäftsordnungsfragen in anderen Kommunen
- b) Aktualisierung Satzung Stadtheimatpfleger: Bericht über weitere Verfahrensweise
- c) Akteneinsichtsrecht einzelner Stadtratsmitglieder im Lichte der neu beschlossenen Informationsfreiheitsatzung
- d) Thematik: § 26 Abs. 3 GeschO, Tonaufnahmen/Tonbandaufnahmen

aus der letzten Sitzung der Geschäftsordnungskommission waren noch offen.  
**Über sie muss entschieden werden.**

**Finanzierung:**

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten				
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	€
Veranschlagung im Haushalt						
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh	<input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:						

**Beteiligungen**

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Referat III**

Fürth, 05.10.2012

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Referentin bzw.  
des Referenten

Referat III

**Vollzug der Geschäftsordnung**  
**Sitzung der Geschäftsordnungskommission am 26.05.2011**

Nachfolgend einige Ausführungen zu den Aufträgen aus der Kommission:

1. Fragestellung: Wie wird in anderen Städten das Thema „Vorrangige Abstimmung über Ausschussbeschlüsse“ (§ 35 Abs. 3 Nr. 2 der GeschO) gehandhabt?

Antwort:

- a) Nürnberg: § 28 Nr. 1 GeschO: Vorbehaltlich von Anfragen und des veranlassenden Vortrags durch den zuständigen Referenten liegen zur en bloc - Beschlussfassung ohne Beratung auf: Abs 1 Gutachten vorberatender Ausschüsse.
- b) Erlangen: § 35 Abs. 4 Nr. 3 GeschO: Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in nachstehender Reihenfolge abgestimmt:
  1. Anträge zur Geschäftsordnung
  2. Abänderungsanträge
  3. Beschlüsse und Gutachten von Ausschüssen

Zum Vergleich

- c) Fürth: § 35 Abs. 3: Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:
  1. Anträge zur Geschäftsordnung
  2. Beschlüsse von Ausschüssen, über sie ist vor allen anderen Anträgen zum gleichen Beratungsgegenstand abzustimmen.
  3. Liegen mehrere Sachanträge...

Vorschlag Referat III:

Bisherige Handhabung belassen.

2. Zulassung einer abschnittswisen Abstimmung über einen Antrag, § 35 Abs. 4 GeschO:

§ 35 Abs. 4 GeschO lautet:

„Grundsätzlich wird über jeden Antrag insgesamt abgestimmt. Über einzelne Teile eines Antrages wird getrennt abgestimmt, wenn dies beschlossen wird oder der/die Vorsitzende eine Teilung vornimmt.“

- a) Nürnberg: § 30 Abs. 12 GeschO: Die Abstimmung erfolgt in der Regel über einen Beratungsgegenstand im Ganzen. Über einzelne Teile eines Antrages ist getrennt abzustimmen, wenn dies auf Antrag beschlossen wird oder der Vorsitzende eine Teilung der Fragen vorgenommen hat. Wenn über zusammengehörende Anträge getrennt abgestimmt wird und hierbei einzelne Teile abgelegt, andere aber angenommen werden, so hat am Schluss auf Antrag eine Gesamtabstimmung über das Ganze zu erfolgen.

- b) Erlangen: § 35 Abs. 2: Die Abstimmungen erfolgen in der Regel über einen Beratungsgegenstand im Ganzen. Über einzelne Teile eines Antrags ist getrennt abzustimmen, wenn dies auf Antrag beschlossen wird und die oder der Vorsitzende eine Teilung der Fragen vorgenommen hat.

Ergebnis:

Nahezu gleich lautende Regelungen in allen drei Städten, Vorschlag daher:  
Bisherige Regelung belassen.

3. Handhabung der Regelungen zur Redezeit in anderen Kommunen, § 34 Abs. 3 GeschO:

§ 34 Abs. 3 GeschO lautet: „Die an der Sitzung teilnehmenden Personen dürfen das Wort nur ergreifen, wenn es ihnen von den Vorsitzenden erteilt wird. Jedes Stadtratsmitglied darf zu demselben Gegenstand regelmäßig nur einmal das Wort erhalten; die Begründung eines Antrages oder einer Anfrage gemäß § 31 Abs. 2 sowie die Schlussäußerung gemäß § 34 Abs. 8 fallen nicht darunter.

- a) Nürnberg: § 29 Abs. 4 GeschO: Ein Stadtratsmitglied darf im Stadtrat und seinen Ausschüssen nur dann sprechen, wenn ihm der Vorsitzende das Wort erteilt hat. Jedes Stadtratsmitglied darf zu demselben Gegenstand nicht öfter als **zweimal** das Wort ergreifen; die Begründung eines Antrags gemäß § 27 Ziff. 2 fällt nicht hierunter.

- b) Erlangen: § 32 Abs. 3 und Abs. 7.

Abs. 3: Die oder der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen.

Abs. 7: Die oder der Vorsitzende, die oder der Berichterstattende und die oder der den Antrag stellende Person haben das Recht zur Schlussäußerung. Die Beratung wird von der oder dem Vorsitzenden geschlossen.

Also keine explizite Regelung, aus dem Gesamtzusammenhang dürfte aber wohl zu folgern sein, dass jeder Stadtrat einmal das Wort ergreift, ein Antragsteller ein zweites Mal zur Schlussäußerung.

Vorschlag Referat III:

Bisherige Handhabung belassen.

Mby & H. Beu

001.10

## § 25 Anträge

1 Anträge, die in einer Sitzung behandelt werden sollen, sind schriftlich zu stellen, kurz zu begründen und zu unterzeichnen. Soweit ein Antrag Ausgaben verursacht, muss er gleichzeitig Deckungsvorschläge enthalten.

2 Die Unterlagen zu Anträgen der Verwaltung, die eine größere Bedeutung haben, sollen den Stadtratsmitgliedern im Regelfalle mindestens eine Woche vor der Beratung mit Begründung zugestellt werden.

3 Anträge, die sich während der Beratung aus der Debatte heraus ergeben, sollen schriftlich dem Vorsitzenden übergeben werden. Anträge zur Geschäftsordnung oder einfache Sachanträge, wie Änderungsanträge, Zurückziehung eines Antrages und Ähnliches, bedürfen nicht der Schriftform.

4 Dringlichkeitsanträge sind spätestens vor Beginn der Sitzung schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen. Über die Zuerkennung der Dringlichkeit wird nach Anhörung je einer Rede für und gegen die Dringlichkeit abgestimmt. Wird die Dringlichkeit verneint, so werden die Anträge und Anfragen dem ordentlichen Geschäftsgang überwiesen.

5 Anfragen zu den Haushaltsberatungen sind durch den Oberbürgermeister vorher schriftlich zu beantworten. Die mündliche Beantwortung und evtl. Beratung erfolgt sodann in den Ausschüssen.

## III Sitzungsverlauf

### § 26 Eröffnung der Sitzung

1 Der Vorsitzende erklärt die Sitzung für eröffnet. Er stellt die ordnungsmäßige Ladung sowie die Anwesenheit der Stadtratsmitglieder fest und gibt die vorliegenden Entschuldigungen bekannt. Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

2 Bei gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse muss jeder Ausschuss für sich beschlussfähig sein, wobei Personengleichheit der Mitglieder nicht entgegensteht.

### § 27 Eintritt in die Tagesordnung

1 Die einzelnen Punkte der Tagesordnung kommen in der dort festgelegten Reihenfolge zum Aufruf und ggf. zur Beratung und Abstimmung. Dringlichkeitssachen sollen nach Erledigung der übrigen Tagesordnung behandelt werden.

2 Zu den Beratungsgegenständen erfolgt zunächst die Berichterstattung durch die Referenten. Anträge aus dem ehrenamtlichen Stadtrat können zuerst von den Antragsstellern begründet werden, danach folgen die Referenten.

3 Über Sitzungsgegenstände, die ein vorberatender Ausschuss behandelt hat, ist das Beratungsergebnis bekanntzugeben.

4 Soweit erforderlich, können auf Anordnung des Vorsitzenden oder auf Beschluss des Stadtrats bzw. Ausschusses Sachverständige zugezogen und gutachtlich gehört werden.

## § 28 Auflagen

1 Vorbehaltlich von Anfragen und des veranlassten Vortrags durch die zuständigen Referenten liegen zur En-bloc-Beschlussfassung ohne Beratung auf:

(1) Gutachten vorberatender Ausschüsse,

(2) im Stadtrat bzw. Ältestenrat: Nachbewilligungen über- und außerplanmäßiger Ausgaben,

(3) im Personal- und Organisationsausschuss: personelle und organisatorische Angelegenheiten geringerer Bedeutung,

(4) im Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit:

- Erwerb oder Veräußerung von Grundstücken mit einem Geschäftswert von 150.001 bis 300.000 Euro

- Nutzungsverträge mit gesetzlicher Kündigungsfrist mit einem monatlichen Nettonutzungsentgelt über 9.000 Euro, Nutzungsverträge mit einer festen Laufzeit bis zu fünf Jahren mit einem monatlichen Nettonutzungsentgelt über 6.000 Euro und Nutzungsverträge mit einer festen Laufzeit bis zu 10 Jahren und einem monatlichen Nettonutzungsentgelt über 1.500 Euro,

(5) im Bau- und Vergabeausschuss:

- Beauftragung von Architekten, Ingenieuren, Planungsbüros, Gutachtern etc. im Zusammenhang mit Baumaßnahmen und Bauleistungen mit einer Honorarsumme bis 300.000 Euro,

- Gewährung von Zuschüssen für die Instandsetzung nichtstädtischer Baudenkmäler,

- Widmung, Umstufung und Einziehung von Straßen, Wegen und Plätzen,

(6) im Verkehrsausschuss: einfache Planungen oder Planänderungen mit geringem Umfang,

(7) im Stadtplanungsausschuss: Beauftragung von Architekten, Ingenieuren, Planungsbüros, Gutachtern etc. im Zusammenhang mit Planungen und Untersuchungen zu Stadtentwicklung, -planung und -erneuerung mit einer Honorarsumme bis 300.000 Euro.

Auf Antrag eines Stadtratsmitgliedes wird im Einzelfall zur Beratung und/oder Abstimmung aufgerufen.

2 Dringliche Anordnungen des Oberbürgermeisters gemäß Art. 37 Abs. 3 GO im Zuständigkeitsbereich von §§ 2, 3 liegen im Stadtrat – vorbehaltlich von Anfragen und des veranlassten Vortrags durch die zuständigen Referenten – zur Kenntnisnahme auf.

## § 29 Beratung der Sitzungsgegenstände

1 Nach der Berichterstattung, gegebenenfalls der Antragsbegründung und dem Sachverständigenvortrag, eröffnet der Vorsitzende die Beratung.

2 Die Stadtratsmitglieder sind berechtigt, an den Sitzungen aller Ausschüsse teilzunehmen; das Recht zur Teilnahme an der Beratung steht ihnen jedoch nur zu, wenn sie dem betreffenden Ausschuss angehören oder Stellvertreter des Ausschussmitgliedes nach § 7 Ziff. 3 sind. Kommt im Ausschuss der Antrag eines Stadtratsmitgliedes, das dem Ausschuss nicht angehört, zum Aufruf, so steht ihm das Recht zur Teilnahme an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes zu.

3 Stadtratsmitglieder, die gem. Art. 49 Abs. 1 GO von der Beratung und Abstimmung zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung ausgeschlossen sind, haben dies dem Vorsitzenden vor Beginn der Beratung unaufgefordert mitzuteilen.

4 (1) Ein Stadtratsmitglied darf im Stadtrat und seinen Ausschüssen nur dann sprechen, wenn ihm der Vorsitzende das Wort erteilt hat. Jedes Stadtratsmitglied darf zu demselben Gegenstand nicht öfter als zweimal das Wort ergreifen; die Begründung eines Antrages gem. § 27 Ziff. 2 fällt nicht hierunter. Diese Beschränkung gilt nicht für den Vorsitzenden und die Referenten; sie gilt auch nicht für die bloße Berichtigung eigener Erklärungen.

(2) Der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Bei gleichzeitiger Wortmeldung entscheidet der Vorsitzende über die Reihenfolge. Wer einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung, Vertagung, Schluss der Beratung stellen oder sonstwie zur Geschäftsordnung sprechen will, erhält das Wort sofort, jedoch ohne Unterbrechung einer Rede.

(3) Der Vorsitzende hat das Recht, sich jederzeit an der Beratung zu beteiligen oder außer der Reihe den Referenten das Wort zur Aufklärung zu erteilen.

5 Die Redezeit der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder soll bei Antragsbegründungen oder den ersten Redebeiträgen 10 Minuten, im übrigen 5 Minuten nicht übersteigen; Ausnahmen bedürfen der Absprache mit dem Vorsitzenden. Bei den Haushaltsreden im Rahmen der Haushaltsberatungen beträgt die Höchstredezeit für die Fraktionen eine Stunde, für die weiteren Gruppen 30 Minuten und für die Einzelstadträte 15 Minuten.

6 Reden müssen in freiem mündlichen Vortrag gehalten werden. Das Ablesen schriftlicher Vorträge kann vom Vorsitzenden ausnahmsweise gestattet werden. Zulässig ist das Ablesen von Fraktionserklärungen, Zitaten, Entschleunigungen, Zuschriften, Zeugenvernehmungen und Gutachten.

7 (1) Während der Beratung über einen Antrag sind nur zulässig Anträge zur Geschäftsordnung sowie Zusatz- oder Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung des zu beratenden Antrages.

(2) Die Referenten sind verpflichtet, bestimmte Anträge zu stellen.

(3) Stadtratsmitglieder, die einen vom Referentenantrag abweichenden Standpunkt vertreten, sind ebenfalls verpflichtet, einen bestimmten Antrag zu stellen.

8 Vorsitzender, Referenten und Antragsteller haben das Recht zur Schlussäußerung. Die Beratung wird vom Vorsitzenden geschlossen.

9 Zu persönlichen Erklärungen wird das Wort erst nach Schluss der Beratung erteilt. Dabei darf nur zu persönlichen Angriffen, die in der Aussprache geführt wurden, Stellung genommen, nicht aber zur Sache gesprochen werden.

10 Der Vorsitzende ist berechtigt, Stadtratsmitglieder, die das Wort ergreifen, ohne dass es ihnen erteilt ist, oder die persönliche, verletzende Ausführungen bzw. Zwischenrufe machen oder sonst gegen die parlamentarischen Gepflogenheiten verstoßen, zu rügen und im Wiederholungsfalle zur Ordnung zu rufen. Ergibt sich nach zweimaligem Ordnungsruf ein abermaliger Anlass zum Einschreiten, so darf der Vorsitzende das Wort entziehen.

11 Stadtratsmitglieder, welche die Ordnung fortgesetzt erheblich stören, können vom Vorsitzenden von der Sitzung ausgeschlossen werden; hierzu gilt die Zustimmung des Stadtrats (Art. 53 Abs. 1 GO) als erteilt, wenn sich aus der Mitte des Stadtrats bzw. Ausschusses kein Widerspruch erhebt. Über den Ausschluss aus weiteren Sitzungen entscheidet der Stadtrat (Art. 53 Abs. 2 GO).

12 Falls die Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal nicht anders wiederherzustellen ist, kann der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen oder aufheben. Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tage fortzuführen; einer neuerlichen Ladung hierzu bedarf es nicht. Die Beratung ist an dem Punkt, an dem die Sitzung unterbrochen wurde, fortzusetzen.

## § 30 Abstimmung

1 Die Abstimmung erfolgt, wenn die Beratung über den Beratungsgegenstand abgeschlossen ist, bei Geschäftsordnungsanträgen am Schluss der Beratung hierüber.

2 Sämtliche Geschäftsordnungsanträge (§ 31) gehen den Sachanträgen vor.

3 Über Gegenstände, die außer- oder überplanmäßige Ausgaben oder eine Verminderung veranschlagter Einnahmen verursachen - Finanzanträge - kann nur abgestimmt werden, wenn das Finanzreferat zur Deckung Stellung genommen hat.

4 (1) Liegen mehrere Sachanträge, insbesondere mehrere Abänderungsanträge vor, so ist über den weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen. Als weitestgehend ist insbesondere derjenige Antrag anzusehen, dessen Erfüllung einen größeren Aufwand erfordert, oder eine einschneidendere Maßnahme zum Gegenstand hat, oder durch dessen Annahme oder Ablehnung die übrigen Anträge erledigt sind. Über Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Reihenfolge entscheidet der Stadtrat.

(2) Bei der Abstimmung über Zahlen wird über die höchste Zahl zuerst abgestimmt.

5 Der Vorsitzende stellt die Fragen so, dass sie sich mit Ja oder Nein beantworten lassen. Über die Fassung kann das Wort zur Geschäftsordnung verlangt werden. Bei Widerspruch gegen die vorgeschlagene Fassung entscheidet der Stadtrat bzw. Ausschuss über die Fragestellung.

6 Grundsätzlich wird durch Handerheben abgestimmt, wenn nicht die Mehrheit der Stadtratsmitglieder namentliche Abstimmung verlangt.

7 Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst, soweit nicht im Gesetz eine besondere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 51 Abs. 1 GO).

8 Die Stimmen sind durch den Vorsitzenden zu zählen. Das Abstimmungsergebnis ist unmittelbar nach der Abstimmung bekanntzugeben. Dabei ist festzustellen, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist.

9 Bei namentlicher Abstimmung ruft der Schriftführer die Namen der einzelnen Stadtratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf. Die Stadtratsmitglieder ant-

worten mit "Ja" oder "Nein". Der Vorsitzende stimmt zuletzt ab.

10 Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und Abstimmung nicht nochmals aufgenommen werden.

11 Bei gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse stimmen die Ausschüsse getrennt ab, wobei Personen- gleichheit der Stadtratsmitglieder nicht entgegensteht.

12 Die Abstimmung erfolgt in der Regel über einen Beratungsgegenstand im Ganzen. Über einzelne Teile eines Antrages ist getrennt abzustimmen, wenn dies auf Antrag beschlossen wird oder der Vorsitzende eine Teilung der Fragen vorgenommen hat. Wenn über zusammengehörende Anträge getrennt abgestimmt wird und hierbei einzelne Teile abgelehnt, andere aber angenommen werden, so hat am Schluss auf Antrag eine GesamtAbstimmung über das Ganze zu erfolgen.

### § 31 Geschäftsordnungsanträge

1 (1) Außer den Sachanträgen (§ 25) können Anträge gestellt werden, welche die formelle Sachbehandlung zum Gegenstand haben.

(2) Solche Anträge sind:

die Anträge auf Übergang zur Tagesordnung,  
die Anträge auf Vertagung,  
die Anträge auf Verweisung an einen Ausschuss,  
die Anträge auf Schluss der Beratung,  
die Anträge auf Schluss der Redeliste,  
die Geschäftsordnungsanträge im engeren Sinne, welche die Handhabung dieser Geschäftsordnung zum Gegenstand haben.

2 (1) Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung kann vor und während der Beratung jedes Gegenstandes bis zur Abstimmung jederzeit gestellt werden.

(2) Wird ihm widersprochen, so ist auf Verlangen vor der Abstimmung eine Rede für und gegen den Antrag zu hören.

(3) Wird der Antrag abgelehnt, so darf er im Laufe der Beratung des betreffenden Tagesordnungspunktes nicht wiederholt werden. Wird der Übergang zur Tagesordnung beschlossen, so wird die Beratung sofort geschlossen.

3 (1) Der Antrag auf Vertagung kann vom Vorsitzenden bereits bei Aufruf, sonst vor und während der Beratung jedes Gegenstandes bis zur Abstimmung jederzeit gestellt werden.

(2) Wird ihm widersprochen, so ist auf Verlangen vor der Abstimmung eine Rede für und gegen den Antrag zu hören.

(3) Wird der Antrag abgelehnt, so darf er im Laufe der Beratung des betreffenden Tagesordnungspunktes nicht wiederholt werden. Wird Vertagung beschlossen, so wird die Beratung sofort geschlossen und durch Beschluss festgelegt, bis zu welchem Zeitpunkt die weitere Behandlung im Stadtrat bzw. Ausschuss erfolgen soll. Durch die weitere wird die bisherige Behandlung fortgesetzt. Jedoch ist bei jeder weiteren Behandlung das zweimalige Rederecht gem. § 29 Ziff. 4 Abs. 1 gegeben.

4 (1) Der Antrag auf Verweisung an einen Ausschuss kann vom Vorsitzenden bereits bei Aufruf, sonst vor

und während der Beratung jedes Gegenstandes bis zur Abstimmung jederzeit gestellt werden.

(2) Wird ihm widersprochen, so ist auf Verlangen vor der Abstimmung eine Rede für und gegen den Antrag zu hören.

(3) Wird der Antrag abgelehnt, so darf er im Laufe der Beratung des betreffenden Tagesordnungspunktes nicht wiederholt werden. Wird die Verweisung an einen Ausschuss beschlossen, so wird die Beratung im Stadtrat sofort geschlossen und im Ausschuss festgesetzt. Ziff. 3 Abs. 3 Satz 4 gilt entsprechend.

5 (1) Der Antrag auf Schluss der Beratung kann vor und während der Beratung jedes Gegenstandes bis zur Abstimmung jederzeit gestellt werden, jedoch nur durch ein Stadtratsmitglied, das sich nicht bereits an der Beratung beteiligt hat.

(2) Wird diesem Antrag widersprochen, so ist auf Verlangen vor der Abstimmung eine Rede für und gegen den Antrag zu hören. Bei Annahme des Antrags entfallen alle vorgemerkten Wortmeldungen. Die Beratung ist damit geschlossen.

6 (1) Der Antrag auf Schluss der Redeliste kann vor und während der Beratung jedes Gegenstandes bis zur Abstimmung jederzeit gestellt werden.

(2) Wird ihm widersprochen, so ist auf Verlangen vor der Abstimmung eine Rede für und gegen den Antrag zu hören.

(3) Bei Annahme des Antrags auf Schluss der Redeliste werden noch die vermerkten Mitglieder gehört. Hierauf wird die Beratung geschlossen.

7 Ein Geschäftsordnungsantrag, welcher die Handhabung dieser Geschäftsordnung, insbesondere die Beanstandung der Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsganges, zum Gegenstand hat, ist, sobald eine Rede gedeutet hat, zu beraten und zu diesem Zweck die Sachverhandlung zu unterbrechen. Nach Antragsstellung erhält hierzu nur noch ein Stadtratsmitglied aus dem Kreis der Antragsgegner das Wort. Zur Sache selbst darf dabei nicht Stellung genommen werden.

8 (1) Ein Antrag auf Handhabung der Geschäftsordnung geht den Anträgen auf Übergang zur Tagesordnung, Vertagung, Verweisung an einen Ausschuss, Schluss der Beratung und Schluss der Redeliste vor.

(2) Der Antrag auf Schluss der Beratung geht den Anträgen auf Übergang zur Tagesordnung, Vertagung, Verweisung an einen Ausschuss und Schluss der Redeliste vor, nicht jedoch einem Antrag zur Handhabung der Geschäftsordnung.

(3) Der Antrag auf Schluss der Redeliste geht einem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung, Vertagung und Verweisung an einen Ausschuss vor, nicht jedoch einem Antrag zur Handhabung der Geschäftsordnung und Schluss der Beratung.

(4) Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung geht einem Antrag auf Vertagung und Verweisung an einen Ausschuss vor, nicht jedoch einem Antrag zur Handhabung der Geschäftsordnung, auf Schluss der Redeliste und Schluss der Beratung.

(5) Der Antrag auf Vertagung geht einem Antrag auf Verweisung an einen Ausschuss vor, nicht jedoch einem Antrag auf Handhabung der Geschäftsordnung,

### § 31 Eintritt in die Tagesordnung

- (1) Die einzelnen Punkte der Tagesordnung kommen in der dort festgesetzten Reihenfolge zur Beratung und Abstimmung, sofern nicht in der Sitzung eine andere Reihenfolge beschlossen wird.
- (2) Die bzw. der Vorsitzende oder die Bericht erstattende Person tragen den Sachverhalt der einzelnen Sitzungsgegenstände vor und erläutern ihn. Bei Anträgen und Anfragen von Stadtratsmitgliedern erhalten diese zuerst das Wort, dann folgt die Bericht erstattende Person.
- (3) Bei Sitzungsgegenständen, die ein vorberatender Ausschuss oder ein Beirat behandelt, ist das Ergebnis bekannt zu geben.
- (4) Die Bericht erstattende Person ist verpflichtet, bestimmte Anträge zu stellen. Dasselbe gilt für Stadtratsmitglieder, die eine Abstimmung über eine vom Antrag abweichende Auffassung wünschen. Wenn eine Angelegenheit in einem Ausschuss vorberaten wurde, muss der Antrag der Bericht erstattenden Person im Stadtrat dem Gutachten des Ausschusses folgen. Eine abweichende Meinung der Bericht erstattenden Person ist in das Gutachten und in den Beschluss aufzunehmen.
- (5) Die oder der Vorsitzende kann die Zuziehung und Anhörung von Sachverständigen oder sonstigen sachkundigen Personen veranlassen. Das Recht des Stadtrats und der Ausschüsse, die Zuziehung und Anhörung zu beschließen, bleibt unberührt. Dies gilt auch für den Personalrat.

### § 32 Beratung der Sitzungsgegenstände

- (1) Nach der Berichterstattung, gegebenenfalls nach dem Vortrag der oder des Sachverständigen, eröffnet die oder der Vorsitzende die Beratung.
- (2) Stadtratsmitglieder, die gemäß Art. 49 Abs. 1 GO von der Beratung und Abstimmung zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung ausgeschlossen sind, haben dies der oder dem Vorsitzenden oder der Schrift führenden Person vor Beginn der Beratung unaufgefordert mitzuteilen. Bei nichtöffentlichen Sitzungen hat das persönlich beteiligte Stadtratsmitglied den Sitzungsraum zu verlassen.
- (3) Die oder der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Bei gleichzeitiger Wortmeldung entscheidet die oder der Vorsitzende über die Reihenfolge. Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort unmittelbar nach der Vorrednerin oder dem Vorredner zu erteilen. Als solche Wortmeldungen gelten jedoch nur diejenigen, die sich auf einen Antrag im Sinne des § 34 GeschO beziehen. Die oder der Vorsitzende hat das Recht, sich jederzeit an der Beratung zu beteiligen oder der Bericht erstattenden Person das Wort zur Aufklärung zu erteilen.
- (4) Für die Worterteilung kann von der Reihenfolge der Wortmeldungen durch Beschluss abgewichen werden, dass zunächst jede Fraktion durch je eine Rednerin bzw. einen Redner zu Wort kommt.
- (5) Die Redezeit kann beim einzelnen Verhandlungsgegenstand durch Beschluss für jede Rednerin und jeden Redner beschränkt werden.
- (6) Während der Beratung über einen Antrag können Zusatz- oder Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung des zu beratenden Antrags gestellt werden.
- (7) Die oder der Vorsitzende, die Bericht erstattende und die Antrag stellende Person haben das Recht zur Schlussäußerung. Die Beratung wird von der bzw. dem Vorsitzenden geschlossen.
- (8) Zu persönlichen Erklärungen soll das Wort erst nach Schluss der Beratung erteilt werden. Die Rednerin, bzw. der Redner, darf nur zu Angriffen, die in der Aussprache oder in einer persönlichen Erklärung gegen sie bzw. ihn geführt werden, Stellung nehmen oder eigene Erklärungen berichtigen, nicht aber zur Sache sprechen.
- (9) Die Sitzung ist auf bestimmte Zeit, längstens auf eine Stunde, zu unterbrechen, wenn eine Fraktion dies zum Zwecke einer Fraktionsaussprache beantragt und der Stadtrat oder der Ausschuss zustimmt.

### § 33 Maßnahmen in Sonderfällen

- (1) Rednerinnen und Redner, die sich nicht an die Regeln des § 32 halten, werden von der oder dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht. Wenn sie diesen Hinweis unbeachtet lassen, kann ihnen die oder der Vorsitzende das Wort entziehen.
- (2) Für die Fälle der Störung von Sitzungen durch Stadtratsmitglieder oder Zuhörer gelten die Bestimmungen des Art. 53 GO.

(3) Falls ein ungestörter Sitzungsverlauf nicht anders wiederherzustellen ist, kann die oder der Vorsitzende die Sitzung auf bestimmte Zeit, längstens auf eine Stunde, unterbrechen oder schließen. Die Beratung ist an dem Punkt, an dem die Sitzung unterbrochen wurde, fortzusetzen.

### § 34 Geschäftsordnungsanträge

(1) Außer den Sachanträgen können Geschäftsordnungsanträge gestellt werden. Geschäftsordnungsanträge sind insbesondere:

Anträge auf Übergang zur Tagesordnung,

Anträge auf Nichtbefassung,

Anträge auf Vertagung,

Anträge auf Verweisung zur Beratung in einem anderen Gremium,

Anträge auf Schluss der Beratung,

Anträge auf Schluss der Redeliste,

Anträge auf Wiedereröffnung der Redeliste und

Anträge, die die Handhabung der Geschäftsordnung zum Gegenstand haben.

(2) Ein solcher Antrag kann jederzeit gestellt werden. Abgelehnte Anträge können nicht wiederholt werden. Der Antrag auf Schluss der Beratung kann nicht von einem Stadtratsmitglied gestellt werden, das sich bereits an der Beratung als Rednerin oder Redner beteiligt hat.

(3) Wird einem solchen Antrag stattgegeben, so ist entsprechend zu verfahren und die Beratung wird gegebenenfalls sofort geschlossen.

(4) Geschäftsordnungsanträge sind vor anderen Anträgen zu behandeln. Ein Antrag auf Schluss der Beratung ist vor Anträgen auf Verweisung an ein anderes Gremium und auf Schluss der Redeliste zu behandeln. Ein Antrag auf Schluss oder Wiedereröffnung der Redeliste geht einem Antrag auf Vertagung oder Verweisung an ein anderes Gremium vor. Ein Antrag auf Vertagung geht dem Antrag auf Verweisung an ein anderes Gremium vor. Der Antrag auf Verweisung an ein anderes Gremium geht anderen Geschäftsordnungsanträgen nicht vor.

(5) Bei der Beratung über Geschäftsordnungsanträge darf nicht zur Sache selbst Stellung genommen werden.

### § 35 Abstimmung

(1) Über Geschäftsordnungsanträge wird am Schluss der Beratung des Geschäftsordnungsantrages, über Sachanträge am Schluss der Beratung des Sachantrages abgestimmt.

(2) Die Abstimmungen erfolgen in der Regel über einen Beratungsgegenstand im Ganzen. Über einzelne Teile eines Antrages ist getrennt abzustimmen, wenn dies auf Antrag beschlossen wird oder die oder der Vorsitzende eine Teilung der Fragen vorgenommen hat. Wenn über zusammengehörende Anträge getrennt abgestimmt wird und hierbei einzelne Teile abgelehnt, andere aber angenommen werden, so hat am Schluss auf Antrag eine GesamtAbstimmung über das Ganze zu erfolgen.

(3) Über Gegenstände, die außer- oder überplanmäßige Ausgaben verursachen – Finanzanträge – kann nur abgestimmt werden, wenn dem Finanzreferat Gelegenheit gegeben wurde, zur Deckung Stellung zu nehmen.

(4) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in nachstehender Reihenfolge abgestimmt:

1. Anträge zur Geschäftsordnung;

2. Änderungsanträge: Liegen mehrere Änderungsanträge vor, so ist über den weiter gehenden zuerst abzustimmen; als weiter gehende sind insbesondere solche Anträge anzusehen, die einen größeren Aufwand erfordern oder eine einschneidendere Maßnahme zum Gegenstand haben oder durch deren Annahme oder Ablehnung die übrigen Anträge erledigt sind. Im übrigen wird über mehrere Anträge in der Reihenfolge abgestimmt, in der sie gestellt sind;

3. Beschlüsse und Gutachten von Ausschüssen;

Über Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Reihenfolge wird durch Beschluss entschieden. Liegen hiervon mehrere vor, gilt Nr. 2 entsprechend.



III/Mö (☎ 1031)

## Geschäftsordnungskommission

### Anlage zu TOP 2 c Akteneinsichtsrecht gem. § 4 Abs. 5 Geschäftsordnung im Lichte der Informationsfreiheitssatzung

I. § 4 Abs. 5 lautet:

„Stadtratsmitglieder haben, soweit sie eine Tätigkeit nach Absätzen 3 oder 4 ausüben, ein Recht auf Akteneinsicht, sonst nur, wenn sie vom Stadtrat mit der Einsichtnahme beauftragt werden.“

Gemäß Landtagsprotokoll 16/63 vom 15.12.2010 hat die Bayerische Staatsregierung ihre Rechtsauffassung zum Thema Akteneinsicht gelockert.

Zitat: „Susanne Tausendfreund (Grüne): Sie (Herr Staatsminister des Inneren) haben meine Frage nicht beantwortet, die ich zuvor gestellt habe. Wird das Innenministerium an Gemeinden etc. weiterhin die Auskunft geben, dass es per Geschäftsordnung nicht möglich sein soll, einzelnen Gemeinderäten Akteneinsicht zu geben?“

Staatsminister Joachim Hermann (Innenministerium): „Das entscheidet der Stadtrat, der Gemeinderat oder der Kreistag...“

Ergebnis also: Die Stadt Fürth ist nach der nunmehrigen Auffassung des Bayerischen Innenministeriums frei in der Gestaltung des Akteneinsichtsrecht für Stadträtinnen und Stadträte.

Zu beachten ist des Weiteren die neu beschlossene Informationsfreiheitssatzung, in der jedem Bürger / jeder Bürgerin das Recht auf Akteneinsicht mit bestimmten Ausschluss- oder Beschränkungsgründen (§ 6), gewährt werden muss.

Die weitestgehende Neuformulierung könnte daher lauten:

§ 4Abs. 5 neu:

Stadtratsmitglieder haben ein Recht auf Akteneinsicht gemäß der städtischen Informationsfreiheitssatzung.

Zu diskutieren ist, ob die Einschränkungen der Informationsfreiheitssatzung in den §§ 5 und 6 auch für Stadträte gelten sollen oder nicht. Sollten sie nicht oder zum Teil nicht gelten und ob dann immer noch ein Beschluss des Gesamtremiums zur Ermächtigung erforderlich ist.

II. Zum Vorgang

Fürth, den 04.10.2012

Referat III



**I. Vorlage**

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status	Ergebnis
Geschäftsordnungskommission		öffentlich - Vorberatung	

**Antrag aus der Bürgerversammlung vom 16.07.2012 / Stadtrat vom 25.07.2012 - Künftig sollen bei allen Ausschüssen und im Stadtrat keine Tischvorlagen mehr zur Abstimmung kommen**

Aktenzeichen / Geschäftszeichen

**Anlagen:**

Antrag aus der Bürgerversammlung vom 16.07.2012, Stadtratsbeschluss vom 25.07.2012, Antrag vom 22.07.2012 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Vorschlag Stadtrat Dr. Wagner vom 24.09.2012

**Beschlussvorschlag:**

Aussprache über den Vorschlag von Stadtrat Dr. Wagner und dem Antrag vom 22.07.2012 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Von Seiten der Verwaltung wird folgender Formulierungsvorschlag zur Diskussion gestellt:

§ 30 Abs.1, Satz 2 der Geschäftsordnung wird wie folgt neu gefasst:

**“Der Tagesordnung sind weitere Unterlagen, insbesondere Beschlussvorlagen beizufügen.“**

Zusätzlich werden die Sätze 3 und 4 eingefügt::

**„Tischvorlagen sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Sie sind nur in mündlich oder schriftlich zu begründenden Ausnahmefällen zulässig.“**

Ergänzend zu dieser Erweiterung der Geschäftsordnung schlägt die Verwaltung vor, in einem entsprechenden Rundschreiben sämtliche Referate und Dienststellen ausdrücklich auf die modifizierte Fassung des § 30 Abs. 1 der Geschäftsordnung hinzuweisen.

Nach Beratung in der Geschäftsordnungskommission erfolgt weitergehende Beratung im Ältestenrat am 05.11.2012.

**Sachverhalt:**

## Beschlussvorlage

---

Im Rahmen der Bürgerversammlung in Vach am 16.07.2012 wurde beiliegender Antrag beschlossen. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 25.07.2012 die Thematik nach ausführlicher Diskussion zunächst in die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Die Diskussion im Stadtrat hat gezeigt, dass von Seiten der Stadtratsmitglieder großer Wert auf eine frühzeitige und umfassende Übermittlung der Sitzungsunterlagen gelegt wird. Auf der anderen Seite steht die Verwaltung vor der Problematik, nicht gänzlich ohne Tischvorlagen auszukommen.

### Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten				
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	€
Veranschlagung im Haushalt						
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh	<input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:						

### Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Bürgermeister- und Presseamt**

Fürth, 04.10.2012

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Referentin bzw.  
des Referenten

Bürgermeister- und Presseamt



**Bündnis 90/Die Grünen**  
**Stadtratsfraktion**  
Mathildenstr. 24, 90762 Fürth

Grüne Fürth, Mathildenstr. 24, 90762 Fürth

Direktorium  
**Herrn Oberbürgermeister**  
**Dr. Thomas Jung**  
- Rathaus -

**90744 Fürth**

**Brigitte Dittrich**  
Tel.: 75 41 74  
bruidimo@t-online.de

**Waltraud Galaske**  
Tel.: 76 29-74  
galaske@gmx.de

**Harald Riedel**  
Tel.: 76 76 333  
harald.riedel@gruene-fuerth.de

**Dagmar Orwen**  
Tel.: 92 380 203  
dagmar.orwen@web.de

**Büro:**  
Tel.: 0911-74 52 72  
Fax.: 03212-1048615  
info@gruene-fuerth.de

**22. Juli 2012**

**Änderungsantrag zu TOP 20 der Stadtratssitzung am 25. Juli 2012**  
**- Künftig sollen keine Tischvorlagen mehr zur Abstimmung kommen -**  
**Zusendung von Tischvorlagen per Email**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
zu TOP 20 der Stadtratssitzung am 25. Juli 2012 stelle wir hiermit folgenden

**Änderungsantrag:**

Zur Vermeidung von Tischvorlagen werden nachzureichende Unterlagen u.ä. zu Sitzungen des Stadtrates, der Ausschüsse, Beiräte und anderer Gremien vorab per Email an die betreffenden Stadträtinnen und Stadträte gesandt.  
Nur in absoluten Ausnahmefällen dürfen Beschlüsse auf Grundlage von Tischvorlagen gefasst werden. Diese Ausnahmefälle sind ausführlich zu begründen. Über die Unaufschiebbarkeit der Abstimmung entscheidet das Gremium mit einfacher Mehrheit.

**Begründung:**

Oftmals liegen zum Zeitpunkt des Postversandes Unterlagen zu einzelnen Tagesordnungspunkten noch nicht vor, diese werden dann als Tischvorlage in der Sitzung nachgereicht. Diese Vorgehensweise erschwert eine fundierte Sacharbeit in ganz erheblichem Umfang.

Hiermit stellen wir erneut unseren Antrag vom 23. April 2009. Durch den technischen Fortschritt dürften die damaligen Gründe einer Ablehnung nun nicht mehr zeitgemäß sein.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Dittrich  
(Fraktionssprecherin)

Waltraud Galaske  
(Stadträtin)

Harald Riedel  
(Stadtrat)

Dagmar Orwen  
(Stadträtin)





Ich beantrage in der Bürgerversammlung am 16.7.2012 die Abstimmung über folgenden Antrag an den Fürther Stadtrat

### **Antrag**

Der Stadtrat möge Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung anweisen, als oberster Dienstherr dafür Sorge zu tragen, dass künftig in allen Ausschüssen und im Stadtrat keine Tischvorlagen mehr zur Abstimmung kommen.

Die betreffenden Stadträte müssen ausreichend Zeit haben, um sich die Sachverhalte zu erarbeiten und gewissenhaft bewerten zu können.

Margit Heinz  
Herzogenauracherstraße 51  
90768 Fürth





Abstimmung

Beschluss

Antrag aus der Bürgerversammlung vom 16.07.2012 - Künftig sollen bei allen Ausschüssen und im Stadtrat keine Tischvorlagen mehr zur Abstimmung kommen

I. Beschluss

Gremium Stadtrat am 25.07.2012

Sitzungsteil: TOP: 20 - öffentlich -

Abstimmungsergebnis

- einstimmig -

Nach ausführlicher Diskussion wird die Thematik in die Geschäftsordnungskommission verwiesen. Anschließend erfolgt Beratung im Ältestenrat und abschließend im Stadtrat.

ml Eintrag in die Niederschrift

SP-Nr.: 1236 Jh

III. BMPA/StR

Fürth, 25.07.2012

Unterschrift der/des Vorsitzenden



CSU-Fraktion im Fürther Rathaus · Kurgartenstraße 37 · 90762 Fürth

Stadt Fürth  
Direktorium

**Kurgartenstraße 37**  
**90762 Fürth**  
**Telefon (09 11) 74 07 23-0**  
**Telefax (09 11) 74 07 23-8**  
**e-mail csu@fuerth.de**

Bankverbindung:  
HypoVereinsbank Fürth  
Kto-Nr. 472 76 06 • BLZ 762 200 73

**Vorschlag für die Geschäftsordnungskommission:  
Vorbereitung der Sitzungen; Tischvorlagen**

24.09.2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat hat in der Julisitzung beschlossen, die Geschäftsordnungskommission mit dem Thema Tischvorlagen zu beschäftigen.

Zur Vorbereitung der Sitzung sende ich Ihnen folgenden Formulierungsvorschlag für eine mögliche Regelung:

**§ 30 Abs. 1 S. 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat wird folgendermaßen gefasst und S. 3 bis 7 angefügt:**

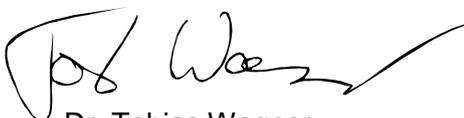
**<sup>2</sup>Der Tagesordnung sind alle Unterlagen beizufügen, die für die Behandlung und Beschlussfassung in der Sitzung erforderlich oder sachdienlich sind, insbesondere Beschlussvorlagen. <sup>3</sup>Soweit Unterlagen nach Satz 2 dem Oberbürgermeister erst nach Versendung der Tagesordnung bekannt werden, sind sie allen Stadträten unmittelbar und unverzüglich in Textform zur Verfügung zu stellen. <sup>4</sup>Unterlagen, die einen Umfang von vier Textseiten überschreiten, sind zusätzlich als Tischvorlagen aufzulegen. <sup>5</sup>Unterlagen, die nicht eher als zwei Tage vor der Sitzung zugehen, sollen einen Umfang von zwei Textseiten in der Regel nicht überschreiten und sind zusätzlich als Tischvorlagen aufzulegen. <sup>6</sup>Überschreiten die Unterlagen nach Satz 5 den vorgegebenen Umfang, hat die Verwaltung den Inhalt in einem maximal einseitigen Kurztext zusammenzufassen. <sup>7</sup>Bei Verstoß gegen die Sätze 2 bis 6 genügt für einen Vertagungsantrag (§ 36 Abs. 2 lit. e) ) die Zustimmung eines Viertels der Stadratsmitglieder.**

Anmerkungen:

Durch die „Textform“ (§ 126b BGB) soll es der Verwaltung überlassen werden, ob sie die Unterlagen per Fax, E-Mail oder Einstellen in das Stadtratsinfosystem bei gleichzeitiger Benachrichtigung per E-Mail bereitstellt. Außerdem kann dadurch den unterschiedlichen Empfangsmöglichkeiten der Stadratsmitglieder Rechnung getragen werden.

Mit Satz 4 soll vermieden werden, dass längere Unterlagen von den Stadratsmitgliedern selbst ausgedruckt werden müssen.

Durch die Sätze 5 und 6 soll erreicht werden, dass die Verwaltung bei sehr kurzfristigen Unterlagen gehalten ist, den Inhalt möglichst komprimiert darzulegen. Damit soll den Stadratsmitgliedern eine kurzfristige Vorbereitung der Sitzung ermöglicht werden.



Dr. Tobias Wagner  
Stellv. Fraktionsvorsitzender



**I. Vorlage**

<b>Beratungsfolge - Gremium</b> Geschäftsordnungskommission	<b>Termin</b> 15.10.2012	<b>Status</b> öffentlich - Kenntnisnahme	<b>Ergebnis</b>
--	-----------------------------	--	-----------------

**Antrag aus der Bürgerversammlung vom 16.07.2012 / Stadtrat vom 25.07.2012 - Vor anstehenden Entscheidungen sollen zukünftig zeitnah Bürgerversammlungen in den betroffenen Stadtteilen abgehalten werden**

Aktenzeichen / Geschäftszeichen

**Anlagen:**

Antrag aus der Bürgerversammlung vom 16.07.2012, Stadtratsbeschluss vom 25.07.2012I

**Beschlussvorschlag:**

Im Rahmen der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 25.07.2012 schlägt die Verwaltung folgende Vorgehensweise vor:

Sämtliche Referate werden dahingehend sensibilisiert, alle sich abzeichnenden **gravierenden** Entscheidungen frühzeitig auf ihre Tragweite für die Bürgerschaft hin zu prüfen, damit unter Einbeziehung des Stadtrates gegebenenfalls eine Bürgerversammlung einberufen werden kann.

Die frühzeitige Abstimmung hat mit dem Direktorium zu erfolgen.  
Um Entscheidungsprozesse nicht unnötig zu verzögern, bedarf es einer vorausschauenden Planung.

Eine Überarbeitung des § 22 der Geschäftsordnung ist nicht erforderlich.

**Sachverhalt:**

Im Rahmen der Bürgerversammlung in Vach am 16.07.2012 wurde beiliegender Antrag beschlossen. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 25.07.2012 beiliegenden Beschluss gefasst.

**Finanzierung:**

Finanzielle Auswirkungen	jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€
<input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	
Veranschlagung im Haushalt	Budget-Nr.	im
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Hst.		<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:		

**Beteiligungen**

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Bürgermeister- und Presseamt**

Fürth, 05.10.2012

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Referentin bzw.  
des Referenten

Bürgermeister- und Presseamt
------------------------------

Wir beantragen in der Bürgerversammlung am 16.7.2012 die Abstimmung über folgenden Antrag an den Fürther Stadtrat:

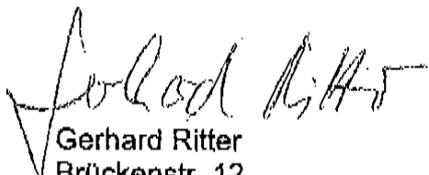
### Antrag

Der Fürther Stadtrat möge Folgendes beschließen:

Zur Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes für den Fürther Norden wird unverzüglich ein „Runder Tisch“ eingerichtet.

In den Bereichen Vacher Markt und der Kreuzung Vacherstraße - Stadelnerstraße wird eine neue Verkehrszählung vorgenommen.

Zur Information und Diskussion werden zukünftig vor anstehenden Entscheidungen zeitnah Bürgerversammlungen in den betroffenen Stadtteilen abgehalten.

  
Gerhard Ritter  
Brückenstr. 12  
90768 Fürth





# Ablichtung

|||

## Beschluss

Antrag aus der Bürgerversammlung vom 16.07.2012 -  
c) Vor anstehenden Entscheidungen sollen zukünftig zeitnah Bürgerversammlungen in den betroffenen Stadtteilen abgehalten werden

### I. Beschluss

Gremium: Stadtrat am 25.07.2012

Sitzungsteil: TOP: 22c) - öffentlich -

<b>Abstimmungsergebnis</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	Ja:	Nein:
<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt		
Abstimmungsvermerke:			

Vor anstehenden gravierenden Entscheidungen sollen zukünftig zeitnah Bürgerversammlungen in den betroffenen Stadtteilen, nach entsprechender Zustimmung des Stadtrates, abgehalten werden.

*ehl* Eintrag in die Niederschrift

SP-Nr.: 1239 c)

III. Rf. V/Zst

Fürth, 25.07.2012

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der/des Vorsitzenden



# Inhaltsverzeichnis

## Vorlagendokumente

TOP Ö 1 Genehmigung Protokoll der letzten Geschäftsordnungskommission vom 26.05	
Vorlage BMPA/035/2012	1
TOP Ö 2 Offene Klärungspunkte aus dem letzten Protokoll vom 26.05.2011 TOP 2 a)	
Vorlage R III/009/2012	3
Anlage zu TOP 2 a R III/009/2012	5
Anlage zu TOP 2 c R III/009/2012	13
TOP Ö 3 Antrag aus der Bürgerversammlung vom 16.07.2012 / Stadtrat vom 25.07.20	
Vorlage BMPA/036/2012	15
AntragB90-DieGrünen BMPA/036/2012	17
Antrag-Bürgerversammlung-Tischvorlagen BMPA/036/2012	19
Beschluss-StR250712 BMPA/036/2012	21
CSU-Vorschlag GO-Kommission Tischvorlagen BMPA/036/2012	23
TOP Ö 4 Antrag aus der Bürgerversammlung vom 16.07.2012 / Stadtrat vom 25.07.20	
Vorlage BMPA/037/2012	25
Antrag-Bürgerversammlung-Vers BMPA/037/2012	27
Beschluss-StR250712-BV BMPA/037/2012	29

## Inhaltsverzeichnis

31